

MUMM



1 / 2008

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Auf dem Weg...



Personalratswahlen 27. Februar 2008

Besoldung/Tarif: Politik muss sich bewegen! ab Seite 4



Peter Garrelmann, der Standortälteste, geht in Altersteilzeit. Die Redaktion ist traurig.

Der Standortälteste kommt uns abhanden...

...kein **MUMMpITZ** mehr für alle Ewigkeit? Trübe Zeiten brechen an! Die Redaktion weint sich schon jetzt die Augen aus und ist seitdem gar nicht mehr gut auf Altersteilzeit zu sprechen, deretwegen der Standortälteste nämlich schon gehen kann. Und auch sein „Alter ego“ Peter Garrelmann - der Mann der leisen Worte, der sehr nachdrücklich und entschlossen die Sache der Beschäftigten seit über dreißig Jahren im Gesamtpersonalrat vertritt, der die Angelegenheiten der Auszubildenden zu seiner Sache gemacht hat und engagiert um jeden Einzelnen und jede Einzelne, gegen die Zustände bei der ABiG und für Mitbestimmung und Tarif kämpft, nee, den können wir uns überhaupt nicht wegdenken. Wo wir doch gerade erst seine wunderbaren Fähigkeiten als Filmemacher entdeckt haben!

Also erfreut euch an dem letzten **MUMMpITZ**. Und Peter Garrelmanns Filme? Die gibts beim GPR - auch seinen neuesten Film: „50 Jahre Bremisches Personalvertretungsgesetz - die Festveranstaltung im Rathaus“. Echt sehenswert!

Viel Spass mit der **MUMM**.

Eure **MUMM**MacherInnen

Und nicht vergessen: Wählen gehen! Am 27. Februar 2008 werden Personalräte, Gesamtpersonalrat und Frauenbeauftragte neu gewählt!

Inhalt

Kommentar	
Edmund Mevissen: Wirkungsvolle Einflussnahme durch starke Interessenvertretungen.....	3
Zum Thema	
Nachbesserungen bei der Besoldung	4
Gastbeitrag	
Marita Rosenow: Verkehrte Welt.....	6
Zum Thema	
2,9 % Besoldungsanpassung - jetzt!.....	8
Das geht alle an	
Wer nicht kann, kann trotzdem	10
Bremisches	
Verraten und verkauft.....	11
Vor Ort	
Unter einem Dach	12
Eiszeit	13
Gewerkschaftliches	
ver.di: Ereignisreiches Jahr.....	14
ver.di: ABiG bekommt Mitbestimmung.....	15
dbb: Gegen eine Abkoppelung der bremischen Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung	15
Zu guter Letzt	
MUMMpITZ : Leben mit dem inneren Schweinehund.....	16

MUMM

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

Presserechtlich verantwortlich:

Edmund Mevissen,
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Peter Garrelmann, Doris Hülsmeier, Elke Kosmal-Vöge, Bernd Krause, Brigitte Stauke, Burkhard Winsemann und Yasmina Wöbbekind

Telefon: 361-2215

Telefax: 496-2215

E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Druck: Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint im März 2008 (als Mini**MUMM**)

Redaktionsschluss ist der 29.02.2008

liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 27. Februar 2008 gehen alle zu den Personalratswahlen - und wählen Personalräte und Frauenbeauftragte in den Dienststellen und den Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen. Das ist mein Wunsch, denn Gesamtpersonalrat, Personalräte und Frauenbeauftragte können mit einem deutlichen Votum der Beschäftigten viel bewegen!

Zusammen mit den Gewerkschaften haben die gewählten Interessenvertretungen in den letzten vier Jahren trotz schwieriger Zeiten mit nachdrücklichem und klugem Handeln einiges erreicht. Zusätzlich ist die wieder erstrittene Teilnahme des Gesamtpersonalrats an den Beratungen des Haushaltsausschusses mit Rederecht ein wichtiges Instrument, um die Belange der Beschäftigten direkt an die Politik heranzutragen.

Wir haben Einfluss genommen

Mit der großen Personalversammlung, die der Gesamtpersonalrat gemeinsam mit den Personalräten am 28.6.2005 durchgeführt hat, haben die Beschäftigten ein machtvolleres Wort gesprochen gegen die Politik der großen Koalition, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zum Sündenbock für die Haushaltsnotlage zu machen versuchte. Bürgermeister Scherf ist in Folge zurückgetreten.

Immer wieder haben wir vor dem Irrweg der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen gewarnt. Die Leistungen werden teurer, oft schlechter und politisch kaum noch zu beeinflussen. Inzwischen ist bei der Politik zum Teil Einsicht eingekehrt und erste Rückführungen werden vorbereitet. Dabei soll z.B. endlich auch der Eigenreinigung wieder eine Zukunft gegeben werden durch Neueinstellungen und Verbesserung der schwierigen Arbeitsbedingungen von unseren 600 Raumpflegerinnen.

Unsere Rahmendienstvereinbarungen dienen den örtlichen Personalräten, um für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes Schutz und gute Arbeitsbedingungen zu sichern. Bürgermeister Böhrnsen hat uns inzwischen öffentlich versichert, dass es mit dieser Regierung keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird.

Immer wieder haben wir angeklagt, dass 615 Auszubildende in der Ausbildungsgesellschaft ohne Mitbestimmung und ohne Tarif arbeiten. Mit Unterstützung der Beschäftigten und der Gewerkschaft verdi ist es jetzt endlich gelungen Mitbestimmung tariflich zu vereinbaren und die Tarifverhandlungen um Arbeitsbedingungen und Ausbildungsvergütung laufen.

Nicht zuletzt das Einkommen, das Handlungsfeld der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes: In langem Streik haben die Angestellten den Tarifvertrag für die Länder durchgesetzt, auch in Bremen. Das bedeutet plus 2,9 % seit Januar 2008. Zur Übertragung des Ergebnisses auch auf die Beamtinnen und Beamten gehen die Auseinandersetzungen in Bremen weiter mit vielfältigen Aktivitäten der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Die Lage wird nicht einfacher und die von den PolitikerInnen immer wieder beschworene Haushaltsnotlage wird weiterhin einen starken Druck auf die Einkommen und die Arbeitsbedingungen im bremischen öffentlichen Dienst ausüben. Auch in Zukunft müssen wir dagegenhalten und immer wieder deutlich machen:

Wir zeigen Flagge für den öffentlichen Dienst!

Ein gut ausgestatteter öffentlicher Dienst ist überlebensnotwendig für Bremen. Seine Beschäftigten müssen fair bezahlt und angemessenen ausgestattet werden!



Für dieses Ziel brauchen wir starke Gewerkschaften, starke Personalräte und Frauenbeauftragte und einen starken Gesamtpersonalrat! Es geht um beharrliche und wirkungsvolle Einflussnahme. Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie am 27.2.2008 wählen!

mit freundlichen Grüßen

Gerd B.

Nachbesserungen bei der Besoldung Und die Koalition bewegt sich doch

Am 21. November sandten 7.000 Beamtinnen, Beamte und ArbeitnehmerInnen des bremischen öffentlichen Dienstes ein eindeutiges Signal aus: Gute Arbeit verlangt gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung. Entgelte nach Kassenlage sind nicht akzeptabel. Zuvor hatten bereits Kolleginnen und Kollegen von Feuerwehr und Polizei die Abgeordneten gebührend vor dem Haus der Bürgerschaft empfangen.



Der Marktplatz ist voll - die Entschlossenheit groß....

Die von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes initiierte Demonstration war ein erster Höhepunkt einer ganzen Reihe von Aktivitäten für eine Besoldungsanpassung an die tarifliche Entwicklung, und sie hat, so scheint es, die Politik und namentlich die Koalitionsparteien beeindruckt. Zwar tut der Senat sich noch schwer, von seiner einmal getroffenen Festlegung auf eine gestückelte und verspätete Erhöhung (um 1,9 % ab Oktober 2008 und 1 % ein Jahr später) abzuweichen. Doch gibt es von Seiten der Koalitionsfraktionen deutliche Ankündigungen, dass die Besoldungsanpassung nachgebessert werden soll. Im Haushalts- und Finanzausschuss,

in dem der Gesamtpersonalrat zum Thema Stellung bezog, erklärten Koalitionsabgeordnete außerdem, dass die Besoldung zukünftig wieder konsequent der Tarifentwicklung folgen solle. Die nicht tarifkonforme Anpassung 2008 und 2009 solle die letzte Ausnahme sein. Dieser Ankündigung mag allerdings nicht jeder Glauben schenken.

Dass der Koalition die Angelegenheit unangenehm wird, zeigt sich auch daran, dass die Fraktionen von SPD und GRÜNEN bemüht sind, mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften über die Besoldung ins Gespräch zu kommen. Sie wollen offensichtlich erkunden, wo die Schmerzgrenze der Beschäftigten ist. Abstriche von der Forderung nach 2,9 % mehr Besoldung und Wiederherstellung des Weihnachtsgeldes werden die Gewerkschaften unseren Erkenntnissen nach nicht machen.

Ein großer Stapel Post für Christian Weber

Zumal Bürgerschaftspräsident Christian Weber am 15. Januar einen großen Stapel Post erhielt. Ihm wurden im Beisein aller Mitglieder des Petitionsausschusses ca. 4.000 Petitionen überreicht, deren Unterzeichner sich diese Forderung jeweils persönlich zu eigen machen und damit zeigen: Den Beschäftigten ist es bitter ernst. Der öffentliche Dienst und besonders die Beamtinnen und Beamten können nicht länger Lückenbüßer für zu geringe öffentliche Einnahmen und einen ungerechten Finanzausgleich sein:

Während die Verbraucherpreise um mehr als 10 % über dem Stand von 2001 liegen, ist die Besoldung der bremischen Beamtinnen und Beamten heute geringer als 2001, wenn man die Streichung des Weihnachtsgeldes

mit berücksichtigt. Hinzu kommt, dass bereits 1997 die Arbeitszeit ohne entsprechende Anpassung der Besoldung auf 40 Stunden verlängert wurde, was einer Kürzung der Bezahlung um rund 4 % entspricht. Im gleichen Zeitraum sind die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen um rund 60 % gestiegen, aber nochmals weniger mit Steuern belastet worden. Kein Wunder, dass dies nicht länger hingenommen wird.

Der Senat hat seine Pläne inzwischen als Gesetzentwurf beschlossen. Die Bürgerschaft ist jetzt am Zug. Die Abgeordneten können sicher sein, dass das Gesetzgebungsverfahren von weiteren unübersehbaren Aktionen der Kolleginnen und Kollegen für eine vollständige Übertragung der Tarifentwicklung auf die Besoldung begleitet werden wird.

Burkhard Winsemann



Bürgerschaftspräsident Christian Weber nimmt am 15. Januar 2008 ca. 4000 Petitionen entgegen



7000 Kolleginnen und Kollegen - BeamtInnen und ArbeitnehmerInnen - demonstrieren für die Übernahme der Tarifierhöhung bei der Besoldung

Verkehrte Welt

Oder: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt



Marita Rosenow
stellv. Vorsitzende des ver.di Landesbezirks
Niedersachsen-Bremen

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes haben am 10. Januar 2008 begonnen.

Acht Prozent - mindestens 200 Euro mehr! lautet die Forderung der ver.di-Bundestarifkommission

Für ver.di ist klar:

Die Beschäftigten wollen und brauchen eine deutliche Einkommenssteigerung.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen an der allgemeinen Lohnentwicklung angemessen teilhaben, hört man von vielen Seiten - aber so richtig dann doch nicht, denn gleichzeitig schallt die Klage durch das Land - die öffentlichen Haushalte haben trotz des Aufschwungs kein Geld, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen ihren Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte leisten.

In Bremen ist die Klage noch lauter: Haushaltsnotlagenland, kein Handlungsspielraum.

Die öffentlichen Kassen sind leer, und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen Verschlechterungen hinnehmen und Verständnis haben: Für Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, für Kürzung bzw. Streichung der Sonderzahlungen, für Verzicht auf Einkommenserhöhungen, für eine weit in die Zukunft verschobene Anpassung der Beamtenbesoldung an die Tarifierhöhung, für Stellenabbau, Arbeitsverdichtung ohne Ende und immer schlechtere Arbeitsbedingungen.

Die Beschäftigten haben aber kein Verständnis mehr und wehren sich.

Den Beamten und Beamtinnen

werden seit Jahren immer weitere Verschlechterungen verordnet: Verlängerung der Arbeitszeit und Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Keine Einkommenserhöhungen mehr seit 2004 und das trotz der erheblichen Steigerungen für Lebenshaltungskosten.

Die Angestellten im Land Bremen haben im Jahr 2006 zusammen mit den Angestellten der anderen Bundesländer mit einem 14-wöchigen Streik den Tarifvertrag TV-L (Länder) erstritten. Das war der längste Streik, der im öffentlichen Dienst jemals geführt wurde. Es war für die Streikenden eine harte Zeit: Schneesturm, Kälte, Regen und lange Zeit keine Bewegung bei den Tarifverhandlungen! Es war wichtig, dass sie entschlossen durchgehalten haben und damals auch von Beamtinnen und Beamten unterstützt wurden. Ein Ergebnis dieses Streiks war die Tarifsteigerung von 2,9 % zum 1. Januar 2008.

Die Beamtinnen und Beamten gehen jetzt auf die Straße und fordern die Übernahme der Tarifsteigerung auch für sich. Dabei werden sie von Tarifbeschäftigten unterstützt.

Es ist wichtig, dass die Beschäftigtengruppen zusammenhalten und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Nur gemeinsam können Verbesserungen von Einkommen und Arbeitsbedingungen gegenüber dem Arbeitgeber erstritten werden!

Öffentliche Dienstleistungen sind für Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Alle Bürgerinnen und Bürger nutzen diese Dienste, ob jung, ob alt.

Der Staat hat die Verantwortung, diese Dienste bezahlbar, gut funktionierend und überall erreichbar zur Verfügung zu stellen.

An knappen Finanzen sind nicht die Beschäftigten schuld, sondern die Politiker, die immer wieder durch Steuer geschenke neue Löcher aufreißen.

Die Konjunktur boomt, die Gewinne in der Privatwirtschaft steigen und die Reichen werden immer reicher (Unternehmer und Reiche haben in den letzten zehn Jahren zusätzlich fast 100 Mio. kassiert).

Der Staat hat kein Geld? Das Geld ist da!

Den Finanzen des öffentlichen Dienstes geht es so gut wie lange nicht mehr. Die Steuereinnahmen sprudeln wieder. Die eher nur vorsichtige Steuerschätzung rechnet mit Mehreinnahmen von 186 Mrd. Euro bis 2011 bei Bund und Kommunen.

Irgend etwas stimmt da nicht. Der öffentliche Dienst ist das Instrument um politische Entscheidungen umzusetzen. Der öffentliche Dienst schützt Mensch und Natur, sichert die Demokratie, ermöglicht Teilhabe und Chancengleichheit. Gesetze werden gemacht, und der öffentliche Dienst setzt diese Gesetze und damit den politischen Willen um. Dafür sorgen die Beschäftigten.

Diese Arbeit der Beschäftigten muss angemessen bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Auch dafür hat der Staat zu sorgen: Und das heißt, dass die notwendigen Mittel für die öffentlichen Dienstleistungen bereitgestellt werden. Dass Steuern in ausreichendem Umfang erhoben werden. Dass es eine gesellschaftliche Übereinkunft darüber gibt, dass Steuern ein notwendiger Beitrag zur Sicherung unseres Gemeinwesens sind.

Die Politik muss umdenken. Es muss Schluss sein mit Steuersenkungen für die Reichen. In unserer Gesellschaft ist genug Geld vorhanden, um öffentliche Dienste angemessen auszustatten. Eine gerechte Verteilung muss her, auch zwischen den Bundesländern.

Der bremische Senat muss umdenken. Es muss Schluss sein mit einer

Politik, die die Beschäftigten bestraft für die Versäumnisse der Politik.

Die Beschäftigten können dies der Politik unmissverständlich klar machen

- durch Teilnahme an den Aktionen der Beamten und Beamtinnen zur schnellen Besoldungsanpassung
- durch Unterstützung der Tarifauseinandersetzung im Bereich des TVöD, der im bremischen öffentlichen Dienst für alle früheren Arbeiterinnen und Arbeiter und die Eigengesellschaften gilt
- durch eine hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den örtlichen Personalräten, der Frauenbeauftragten sowie zum Gesamtpersonalrat. Nur starke Interessenvertretungen können gemeinsam mit starken Gewerkschaften in diesen schwierigen Zeiten ein Gegengewicht bilden!

Denn: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.



Demonstration am 21. November 2007 zur zeitgleichen Anpassung der Besoldung an die Tarifentwicklung

2,9 % Besoldungsanpassung - jetzt!

Faire Bezahlung für gute und wichtige Arbeit



Elke Baumann, Lehrerin, GEW-Landesvorstandssprecherin:

„Der bremische öffentliche Dienst muss attraktiv sein, damit wir gute Nachwuchskräfte kriegen. Die brauchen wir nämlich bei unserem Altersdurchschnitt in den Schulen. Auch deshalb fordern wir 2,9 % - jetzt!“



Christian Tost, 1. Justizhauptwachmeister, Amtsgericht Bremen:

„Die Aufgaben von uns Wachmeistern in den Gerichten in punkto Sicherheit sind immens gestiegen. Das sollte sich auch in der Bezahlung niederschlagen! Gerade bei uns im einfachen Dienst fressen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten das Einkommen auf. Es ist dringend an der Zeit, dass auch wir eine Erhöhung der Einkommen erhalten!“

Stephanie Förster, Finanzamt Bremen-Ost:

„Ohne Steuereinnahmen gibt es keine vernünftige staatliche Infrastruktur - deshalb sind motivierte Beschäftigte in der Steuerverwaltung wichtig. Wir Beamtinnen und Beamten haben die Haushaltsprobleme nicht zu verantworten. Wir fordern angemessenes Einkommen für unsere gute Arbeit!“



Kristian Kosmal, Polizei Bremen:

„Sehr viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind im Polizeidienst schon einmal körperlich verletzt worden. Gar nicht zu reden über die auch seelisch belastenden Situationen, in denen die Polizei gefordert ist. Für unsere gute und wichtige Arbeit wollen wir auch Anerkennung: Daher fordern wir die Besoldungsanpassung rückwirkend zum 1.1.2008!“



Klaus Schmitz, Feuerwehr Bremen:

„Wir haben einen harten und gefährlichen Beruf, wir riskieren unsere Gesundheit, gehen bis an unsere Grenzen. Dafür wollen wir nichts weiter als eine gerechte Besoldung. 2,9 % sind ausgehandelt worden für den öffentlichen Dienst und das steht uns zu.“



Michaela Neuhoff, Amt für Soziale Dienste:

„Wir im Amt für Soziale Dienste arbeiten kompetent und engagiert, um Benachteiligten Teilhabe zu ermöglichen. Wir sichern den Sozialstaat. Dafür erwarten wir ein faires Einkommen. Das bedeutet: Übernahme des Tarifergebnisses auch für die Beamtinnen und Beamten!“



Holger Süsens, Teamleiter, GeoInformation Bremen:

„Die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten wurde bereits 1997 auf 40 Stunden verlängert. Das sind umgerechnet mehr als 100 zusätzliche Arbeitstage - ohne Lohnausgleich. Die Sonderzahlungen wurden gekürzt oder sogar ganz gestrichen. Und jetzt sollen wir nicht mal mehr die 2,9 % Besoldungserhöhung erhalten? Das kann doch wohl nicht wahr sein! Alles wird teurer. Wir wollen nicht von der Einkommensentwicklung abgehängt werden! Wir fordern für unsere gute Arbeit ein gerechtes Einkommen!“



Viola Stagge-Evers, Justizvollzugsbeamtin:

„Unsere schwere Arbeit im Justizvollzug muss endlich angemessen honoriert werden. Dieses ist seit langem nicht mehr der Fall.“

Wer nicht kann, kann trotzdem So einfach geht Briefwahl

Wer am Wahltag verhindert ist, seine Stimme im Wahllokal abzugeben, kann trotzdem wählen.

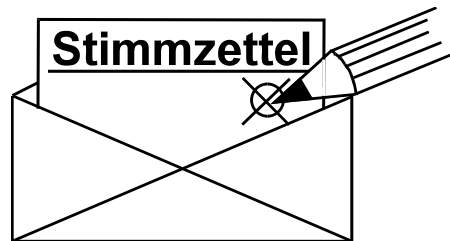
Und so gehts:

Entweder beim Wahlvorstand Ihrer Dienststelle anrufen oder den unten stehenden Antragsvordruck ausfüllen und ab die (Boten-)Post an den Wahlvorstand.

Vom Wahlvorstand kommen dann die benötigten Wahlunterlagen zurück.

So wird per Brief gewählt

Den entsprechenden Stimmzettel kennzeichnen Sie unbeobachtet durch Ankreuzen der Kandidaten(listen) und legen ihn dann in den entsprechenden Stimmzettelumschlag. Der Umschlag wird anschließend verschlossen.

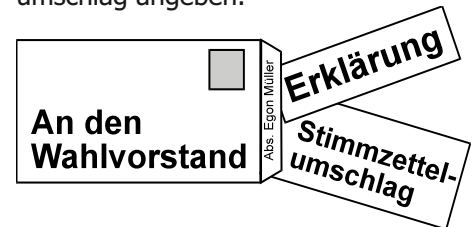


Sofern eine Erklärung beigefügt ist, diese bitte unterschreiben und Ort und Datum angeben.

Danach legen Sie den Stimmzettelumschlag und die Erklärung in den Freiumsschlag.

Sie dürfen die Erklärung keinesfalls in den Stimmzettelumschlag legen!

Diesen Freiumsschlag senden Sie rechtzeitig und verschlossen an den Wahlvorstand. Absender (wenn noch nicht vorgedruckt) nur auf dem Freiumsschlag angeben.



Wenn doch alles so einfach ginge.

Elke Kosmal-Vöge

ANTRAG AUF BRIEFWAHL

Name, Vorname

Ich bitte um Zusendung der Briefwahlunterlagen für

An den
Wahlvorstand bei

die Wahl zum Personalrat

die Wahl zum Gesamtpersonalrat

die Wahl zur Frauenbeauftragten

Dienststelle

Ort, Datum, Unterschrift



Verraten und verkauft

Bremer Tageszeitungen zerschlagen

Die Lunte hat er selbst gelegt – und nun beschwert sich der Vorstand der Bremer Tageszeitungen AG (BTAG) Dr. Ulrich Hackmack über den Flächenbrand, den er damit ausgelöst hat, über die Empörung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen er mit der Ausgliederung der Anzeigenabteilung ein übles Präsent unter den Weihnachtsbaum gelegt hat.

Waren es bislang die Gründungen von Firmen für neue MitarbeiterInnen, die ihm einen Weg aus den Tarifen ermöglichten, so waren nun erstmals 61 BTAG-Angestellte betroffen. Ab dem 1. Januar 2008 sollten alle AnzeigenmitarbeiterInnen in die neue Firma „Medien Vermarktung Bremen GmbH“ (MVB) überwechseln.

Das heißt: Spätestens nach einem Jahr gesetzlicher Übergangsregelung sind anschließend allen Schweinereien Tür und Tor geöffnet. Kein Tarif, kein Betriebsrat, jeder gegen jeden. Die Hatz kann beginnen, das Buhlen um jeden Cent.

Ulrich Hackmack hat über Jahre alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Betriebsrat der BTAG hintergangen. Wenn er von „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ gesprochen hat, dann war das schlicht und einfach nicht ehrlich. Ulrich Hackmack hat endlich die Katze aus dem Sack gelassen und sein eigentliches Ziel offenbart: Die Bremer Tageszeitungen werden zerschlagen!

Gegen jede unternehmerische Vernunft spaltete er die Kernabteilung Anzeigen ab. Denn eins steht fest: Um die „Vermarktungskompetenzen auszubauen“, bedarf es keiner neuen Firma. Das kann die BTAG-Anzeigenabteilung auch.

Zudem widerspricht die Aktion der allgemeinen Philosophie seiner Arbeitgeber-Kollegen. Da heißt es nämlich: Outsourcen Sie nur Bereiche Ihres Unternehmens, die nicht direkt dem

Kerngeschäft zuzuordnen sind!

Der Betriebsrat und auch die Gewerkschaften konnten die Ausgliederung trotz zahlreicher Bemühungen und Gesprächsversuche leider nicht verhindern. Aber wir werden den Kampf um eine soziale Absicherung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht aufgeben. Fast alle Kolleginnen und Kollegen haben die neuen, nicht tarifgebundenen Verträge nicht unterschrieben.

Wir haben in den vergangenen Wochen viel Unterstützung bei unseren Aktionen bekommen, von anderen Betrieben, Medien und politischen Parteien, aber auch von Bremer Politikern.

Mut gemacht, unseren Widerstand weiter zu verfolgen, hat uns z. B. Bürgermeister Jens Böhrnsen, der in der vergangenen Woche vier Betriebsratsmitglieder zu einem Gespräch zu sich eingeladen hatte. Das sollte uns alle bestärken, auch im Kampf gegen mögliche weitere geplante Ausgliederungen.

Der Betriebsrat zeigt sich weiterhin gesprächsbereit, sowohl über bessere Bedingungen für die ausgegliederten Anzeigenkolleginnen und -kollegen als auch über konstruktive Zukunftsplanungen.

Thies Fischer stellv. Betriebsratsvorsitzender der Bremer Tageszeitungen AG



Die Kolleginnen und Kollegen des Weser-Kuriers streiken für ihre Rechte



Die Forderung „Ein Betrieb - eine Belegschaft“ wird auch in die Öffentlichkeit getragen

Unter einem Dach

Liegenschaftswesen wird wieder umgestaltet

Die Umorganisationsprozesse im Liegenschaftswesen in der Vergangenheit mit Unterstützung der externen Beratungsunternehmen McKinsey und Roland Berger auf der Basis einer unverhohlenen Privatisierungsideologie haben nicht zu einer Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung beigetragen sondern eine Vielzahl von Problemen erst erzeugt. Der Gesamtpersonalrat und die örtlichen Interessenvertretungen haben dabei Position für ihre Vorstellungen einer Organisation innerhalb des öffentlichen Dienstes bezogen und die Belange der Beschäftigten immer wieder eingebracht. So konnten sie die weitestgehenden Privatisierungsabsichten verhindern und im Umsetzungsprozess sozialverträgliche Lösungen erreichen.

Nun soll das bremische Liegenschaftswesen erneut umgestaltet und zum 1.1.2009 in einer Einheit zusammengefasst werden. Damit will man Schnittstellen- und Steuerungsprobleme verringern. Das ist das wichtigste Zwischenergebnis des Staatsräte-Lenkungsausschusses zur Neuordnung des Immobilienmanagements. Der Beschluss bezieht sich bisher allerdings nur auf den Eigenbetrieb GTM und die Gesellschaften GBI und FMB*.

Der Gesamtpersonalrat und die örtlichen Interessenvertretungen der betroffenen Dienststellen und der GBI begrüßen in einer Stellungnahme die Absicht der rot/grünen Koalition, den Liegenschaftsbereich neu zu ordnen. Dabei fordern sie eine weitgehende Rückführung der Aufgabenstellung in den öffentlichen Dienst. Vorrang vor Pilotprojekten für neue Organisationsmodelle müsse die sorgfältige Ausarbeitung einer dauerhaft tragfähigen Lösung haben.

Inwieweit andere gebäudebezogene Aufgaben, insbesondere die Eigenreinigung, in die neue Einheit integriert werden sollen, muss noch

geklärt werden. Die Bereitschaft weiterer Bereiche, ebenfalls in die Einheit zu wechseln, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die Rechtsform die Sicherheit der Arbeitsplätze und der Arbeitsbedingungen und Bezahlung garantiert.

Der Lenkungsausschuss hat über die Rechtsform der neuen Einheit noch nicht entschieden, aber erkennen lassen, dass er an Stelle eines Eigenbetriebes vorzugsweise eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) mit dem Immobilienmanagement betrauen möchte. Klar ist zumindest, dass eine private Rechtsform (GmbH) nicht in Betracht kommt, weil deren Leistungen (wie bisher schon die der GBI) mit 19 % Umsatzsteuer belastet würden.

Der Gesamtpersonalrat und die örtlichen Interessenvertretungen setzen sich übereinstimmend für einen Eigenbetrieb ein, weil diese Rechtsform die arbeits- und tarifrechtlichen Besitzstände der von der Neuorganisation betroffenen Beschäftigten sichert und somit Unsicherheiten vermeidet.

Sollte dennoch die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts angestrebt werden, müsste aus Sicht der Beschäftigten durch das Errichtungsgesetz gewährleistet werden, dass die für die Anstalt tätigen Beschäftigten genau so gestellt werden wie sie es in einem Eigenbetrieb wären. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass die Anstalt von vornherein so konzipiert wird, dass die Personalhoheit unmittelbar bei der Freien Hansestadt Bremen verbleibt.

Der Gesamtpersonalrat und die örtlichen Interessenvertretungen erwarten, dass eine Klärung der Rechtsformfrage im Einvernehmen mit ihnen im Vorfeld eines Gesetzgebungsverfahrens erfolgt.

Burkhard Winsemann



Die rot/grüne Koalition ordnet das Immobilienmanagement neu

*

GBI=Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH
GTM=Gebäude- und TechnikManagement
FMB=Facility Management Bremen GmbH

Eiszeit

Immer bereit: Taucher der Berufsfeuerwehr

1982 wurde auf Grund einiger tragischer Bade- und Eisunfälle eine Tauchergruppe bei der Feuerwehr Bremen eingerichtet, damit bei Wasserunfällen aller Art schnell qualifizierte Hilfe geleistet werden kann.

Das Aufgabengebiet umfasst die Rettung und Bergung von Personen und die technische Hilfeleistung.



Die Sicherungsleine ist überlebensnotwendig, damit die Taucher den Weg zurück aus dem Eis finden

Die Tauchergruppe besteht aus ca. 30 Tauchern, die aus dem Lösch- und Hilfedienst heraus die Aufgabe der Wasserrettung im gesamten Bremer Stadtgebiet wahrnehmen. Gerade jetzt in der kalten Jahreszeit bedeuten Einsätze besonderen Stress.

Verunglückte Personen müssen wegen der Unterkühlungsgefahr schnellstens geborgen werden, dazu kommt noch die besondere Situation, gegebenenfalls unter einer geschlossenen Eisdecke tauchen zu müssen.

Wird der Taucher auch durch einen Trockentauchanzug gegen die Kälte geschützt, so ist er doch dem besonderen Stress ausgesetzt, nicht direkt auftauchen zu können, sondern er muss erst zum Einstiegsloch zurück.

Vorbereitet werden die Taucher für diese Aufgabe durch eine zusätzliche Ausbildung zum Feuerwehr-Rettungstaucher. Durch ständige Trainingsein-

heiten wird der dort erlangte Standard gehalten und sogar verbessert.

Der Autor, der bei einer Taucherprüfung dabei sein durfte, war erstaunt, mit welcher Präzision die Arbeitsproben unter Wasser gefertigt wurden, manch einer hätte an Land schon seine Schwierigkeiten gehabt.

Auffällig war bei allen Aktionen der sorgfältige Umgang mit den Materialien und der ausgeprägte Teamgeist, der im Prüfungsteam herrschte.

Laut Aussage des Leiters der Tauchgruppe ist dieses ein unbedingtes Muss, denn nur ein ausgeprägter Teamgeist gewährleistet die Sicherheit im Einsatz. Dies gilt auch bei allen anderen Einsätzen der Feuerwehr.

Manfred Soboll



5 cm beträgt die Dicke der geschlossenen Eisdecke



Die physischen und psychischen Anforderungen an die Rettungstaucher sind gerade im Winter extrem hoch

Ereignisreiches Jahr

Spannende Tarifsituation in 2008



Onno Dannenberg ist Tarifkoordinator des ver.di-Bezirks Niedersachsen-Bremen

2008 wird für die Tarifsituation im bremischen öffentlichen Dienst wieder ein spannendes Jahr. Zunächst werden ab Januar bundesweit im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder die Tabellenentgelte zum TV-L um 2,9 % erhöht und auf volle 5 Euro aufgerundet. Diese Erhöhung ist Teil der Vereinbarungen mit den Ländern zur Einführung des TV-L im Jahr 2006. Die Erhöhung gilt nicht nur für die regulären Stufen der Entgelttabelle, sondern auch für die überleitungsbedingten Zwischen- und Endstufen, so dass alle unter den TV-L fallenden Beschäftigten davon profitieren. Darüber hinaus steigen zum 1. November alle Beschäftigten, die sich in einer individuellen Zwischenstufe befinden, in die betragsmäßig nächst höhere reguläre Stufe ihrer Entgeltgruppe auf.

Forderung nach Tarifierhöhung

Im Bereich der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) haben wir die Entgelttabellen zum TVöD zum 31.12.2007 gekündigt. ver.di fordert gemeinsam mit der GEW und der GdP eine Entgelterhöhung um 8 %, mindestens aber 200 Euro. Eine vor dem Hintergrund der positiven Wirtschaftsentwicklung, der steigenden Inflationsrate und dem Nachholbedarf im öffentlichen Dienst vollauf berechnete Forderung. Die ersten beiden Verhandlungsrunden mit den kommunalen Arbeitgebern im Januar haben bereits gezeigt, dass wir vor einer der härtesten Tarifauseinandersetzungen stehen. Die Arbeitgeber sind, wenn überhaupt, nur zu völlig unzureichenden Einkommenserhöhungen unterhalb von 3 % bereit und verknüpfen dies auch noch mit einer Forderung nach Arbeitszeitverlängerung. Darüber hinaus wollen sie auch noch die Erhöhung nur zum Teil tabellenwirksam werden lassen und stattdessen den sog. „Leistungsstopp“ nach § 18 TVöD

weiter anheben. Nach allem ist damit zu rechnen, dass wir zur Durchsetzung unserer Forderungen zum Arbeitskampf aufrufen müssen.

Einheitlicher Tarif eingefordert

Leider noch immer nicht entschieden ist die Frage, welches Tarifrecht in Bremen für welche Beschäftigtengruppen gelten soll. Obwohl es weder sozialversicherungsrechtlich noch in den neuen Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst eine Unterscheidung nach den bisherigen Statusgruppen der Arbeiterinnen und Arbeiter bzw. der Angestellten mehr gibt und jetzt auch das Bremische Personalvertretungsgesetz neben der Gruppe der Beamtinnen und Beamten nur noch die einheitliche Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorsieht, gelten in Bremen noch zwei verschiedene Tarifwerke:

Für die bisherigen Arbeiterinnen und Arbeiter das kommunale Tarifrecht (TVöD) und für die bisherigen Angestellten das Ländertarifrecht (TV-L). Wir haben hierzu gefordert, dass – mit Ausnahme der Lehrkräfte und der Beschäftigten an Hochschulen – grundsätzlich für alle Beschäftigten der TVöD gelten soll. Das hierzu im Januar letzten Jahres erarbeitete Sondierungsergebnis ist von der Senatorin für Finanzen nicht angenommen worden. Wir haben deshalb vorgeschlagen, als Vorabregelung die Beschäftigten der kommunalen Eigenbetriebe in den TVöD überzuleiten. Dieses Angebot ist von der Finanzsenatorin angenommen, aber noch nicht umgesetzt worden.

Auch in diesem Punkt wird es daher notwendig sein, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Onno Dannenberg 

ABiG bekommt Mitbestimmung

Tarifverhandlungen über Bezahlung laufen

Endlich! Für die Ausbildungsgesellschaft Bremen (ABiG) gibt es Fortschritte zu vermelden: Tarifverhandlungen zur Mitbestimmung, zu den Arbeitsbedingungen und zur Bezahlung der ausgegliederten Auszubildenden.

Eine Teileinigung hat ver.di inzwischen erreicht: Die ABiG wird betriebsratsfähig und erhält eine sog. „Besondere Interessenvertretung“, die die gleichen Rechte hat wie JAVs nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

Auf der von 60 Auszubildenden eingeforderten Versammlung am 6.2.2008 beschrieb Peter Garrelmann das gemeinsame Engagement von

ver.di und dem Gesamtpersonalrat zur Verbesserung der Bedingungen und betonte das mittelfristige Ziel der Rückführung in den öffentlichen Dienst. Anschließend bekannte sich Frau Bürgermeisterin Linnert vor den ca. 350 Auszubildenden auch zur Verbesserung der Bezahlungssituation, was allerdings keine Angleichung an die Sätze des öffentlichen Dienstes bedeuten soll.

Wir von ver.di haben unsere klaren tariflichen Forderungen eingebracht. Unser Maßstab ist der AusbildungsTV im öffentlichen Dienst. Dafür werden wir weiterhin streiten.

ver.di
Matthias Hoffmann



Der erste Schritt: Ein Wahlvorstand ist gewählt. Dieser organisiert die Wahl für die Interessenvertretung bei der ABiG.

dbb gegen eine Abkoppelung der bremsischen Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung



Der Senat hat ein weiteres Sonderopfer von den Beamten gefordert. Während die Gehälter für die Tarifbeschäftigten des Landes bereits zum 1. Januar um 2,9 % erhöht wurden, sollen die verbeamteten Beschäftigten eine Besoldungserhöhung erst zum 1. Oktober 2008 in Höhe von 1,9 % und 1 % zum 1. Oktober 2009 erhalten. Die anderen norddeutschen Länder wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg haben dagegen die Beamtenbezüge zum 1. Januar 2008 um 2,9 bzw. 3 % angehoben.

Diese Vorgehensweise des bremsischen Senats wird zunehmend als ungerecht empfunden, insbesondere vor dem Hintergrund der schon erfolgten Sparmaßnahmen, wie Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes, verspätete bzw. geringere Besoldungsanpassung gegenüber den Tarifbeschäftigten. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Entscheidungen der

Gerichte an Bedeutung.

Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat am 27.12.2007 in seinen Vorlagebeschlüssen für das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Besoldung der Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen nicht mehr den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht, weil die Bezahlung in unzulässiger Weise von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wurde. Gegenstand der gerichtlichen Überprüfung war der Wegfall des Urlaubsgeldes im Kontext mit weiteren finanziellen Einbußen der Besoldungsempfänger. Die Parallele zur bremsischen Situation liegt auf der Hand. Die Forderung der Beamten am gerechten Anteil des Wirtschaftswachstums sollte daher auch von der Politik mitgetragen werden.

dbb-beamtenbund und tarifunion
landesbund bremen

AUS



WIRD



SEI DABEI!

MACH MIT!

SPENDE REST-CENTS!

MUMMPITZ

Leben mit dem inneren Schweinehund

Gute Vorsätze für 2008

Der Standortälteste hat die Seinen um sich versammelt. Thema: Gesünder Leben. „Ich habe dazu mal in einer Rede referiert“, berichtet er den staunenden KollegInnen.“ In der Verwaltungsschule vor den Lehrlingen. War ein mittelschweres Teil: Aber man hat ja Vorbildfunktion für die kommenden Generationen.“ unterstreicht er mit einer ausholenden Handbewegung. „Da hat man doch den Bock zum Gärtner gemacht.“ flüstert es aus der hinteren Ecke und der Standortälteste fühlt sich erkannt. „Na ja, es gab hier und da auch mal Ausrutscher, aber im Alter da wird man weise. Gut, ich habe mein Freischwimmen weitgehend im Stehen auf dem unter Wasser befindlichen Sockel des Beckenrandes gemacht. Und seit dem 13. Lebensjahr Zigaretten geraucht und die Jusositzungen immer mit den Zigarren, die der Vater geschenkt erhielt und selbst nicht rauchte, vollgequalmt. Das war vielleicht nicht so toll. Aber jetzt: keinen Glimmstängel seit fast zwei Jahren! Das ist doch was. Und auf Drängen meiner Holden ein neues Alufahrrad seit gut einem Jahr. Leider habe ich bisher nur Zeit gefunden, es vom Geschäft bis nach Hause zu fahren. Dann stand es 6 Wochen im Wohnzimmer, weil in der Garage erst Platz gemacht werden musste. Aber ich arbeite dran. Noch im gleichen Jahr im Sonderangebot einen Fahrradträger erworben, der auf der

Anhängerkupplung angebracht werden kann. Deshalb hat das neue Auto extra eine solche. Leider bisher keine Gelegenheit gefunden, den Träger zusammenzubauen. Ich arbeite dran.

Wir haben im letzten Jahr bei Pennyaldi diese langen „Wanderstöcker“ gekauft. Mit Buch als Bedienungsanleitung. Die Dinger liegen jetzt im Kofferraum unter der Abdeckung auf dem Reserverad. Bereit für den ersten Fronteinsatz. Ihr seht, ich arbeite dran. Schritt für Schritt.“ Sein Tonfall lässt einen gewissen Stolz erkennen. „Bei Deinem Tempo ist der Fahrradsattel abgerostet, bevor Du auf demselben zu Sitzen kommst“, bremst eine Kollegin seinen Stolz. Das macht den Standortältesten ärgerlich: „Man soll bei der Gesundheit seinem eigenem Chi folgen.

Und Obacht: Wenn alle Leute mit dem Gesünderleben übereilt vorgehen, kommt der Tag, an dem die Stimmung in der Politik umkippt und gegengesteuert wird. Dann werden die Rentenversicherer z.B. die Exraucher anschreiben und ihnen Probepäckchen mit Glimmstängeln mit eindeutigen Aufforderungen zuschicken und Erlebnisurlaube als Bonus anbieten:

„Skispringen für 80 Jährige“

„Wildwasserrennen bei den Niagara-Fällen“

„Auf den Spuren von Louis Trenker: Mit dem Rollator aufs Matterhorn“.

Und die Dicken kriegen Pralinen. Also gemacht, gemacht: Lasst uns alt werden ohne Übereifer.“

Und die Moral von der Geschichte: Der innere Schweinehund, wer kennt ihn nicht, ist mächtiger als wir denken, und er will immer lenken.

Peter Garrelmann

P.S.: „Und immer dran denken und auch drüber sprechen: 27.2.2008 - husch, husch an die Urne!“

Der neue Fahrradträger steht schon seit Monaten immer noch verpackt in der Garage und wartet auf seinen ersten Einsatz

